Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 118 (1985)
Heft: 19

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 19

Organ des Bernischen Lehrervereins
118. Jahrgang. Bern, 20. September 1985

Organe de la Société des enseignants bernois
118e année. Berne, 20 septembre 1985

Aus praktischen Gründen: JA!

chj. Die folgenden Argumente für einen einheitlichen Schulbeginn im Spätsommer sind einer Broschüre von Bernhard Peter aus Ebikon/LU entnommen (vgl. dazu auch SLZ 18, S. 8+9).

Mit Ausnahme Japans und des kleinen Nachbarstaates Liechtenstein haben *alle Länder* der Erde Schuljahrbeginn nach den Sommerferien.

In den meisten Fällen werden die Schulreisen im Sommertrimester durchgeführt. *Ein Ausflug oder eine Wanderung* im letzten Trimester eines Schuljahres ist vermutlich *eher erlebnisreicher*. Schüler und Lehrer kennen sich bereits gut.

Ein Schuljahr sollte *ein geschlossenes Ganzes* darstellen. Durch den Unterbruch mit den Herbst-, Weihnachts-, Frühlingsferien wird das Schuljahr nicht zerrissen, wohl aber durch die Sommerferien beim Frühlingsschulbeginn.

Während der Sommerferien finden die Lehrpersonen *mehr Zeit und Gelegenheit, etwas Neues für die Schule an die Hand zu nehmen.*

Toleranz – eine Einbahnstrasse?

Einige Bemerkungen zur Abstimmung über den Herbstschulbeginn

Die kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) liessen kürzlich in einer Stellungnahme zugunsten des Herbstschulbeginns (BS 17) wissen, die Vereinheitlichung des Schuljahrbeginns betreffe auch die Solidarität unter den Kantonen und Sprachregionen. Ein unterschiedlicher Schulbeginn sei politisch unklug und für die zweisprachigen Kantone unbefriedigend. Leider ist zu vermuten, dass auch der bernische Erziehungsdirektor hinter dieser Stellungnahme steht, obwohl ihm bekannt sein dürfte, dass sich das Bernervolk zweimal (1972 und 1982) massiv für den Frühlingsbeginn ausgesprochen hat.

Ich gehe mit den Erziehungsdirektoren darin einig, dass der am 22. September zu fällende Entscheid tatsächlich ein politischer Entscheid ist (auch wenn die Herren Erziehungsdirektoren in ihrer Stellungnahme verharmlosend von einer administrativen Frage sprechen). *Es geht aber nicht an, von den grossen «Frühlingskantonen» Solidarität mit jenen zu verlangen, die seinerzeit in einsamen Entschlüssen vorgeprellt sind* und die nun heute den «Sachzwang» des fait accompli gegen die andern ausspielen möchten.

Es geht bei dieser Abstimmung in Wahrheit um die *Toleranz innerhalb unserer föderalistischen Strukturen.* Es ist mit Nachdruck daran zu erinnern, dass in keinem Kanton und zu keinem Zeitpunkt eine deutschschweizerische Mehrheit versucht hat, einer französischsprachigen Minderheit ein Datum für den Schuljahrbeginn aufzuzwingen. Diese Toleranz scheint aber offenbar umgekehrt nicht zu gelten. Der deutschbernischen Mehrheit, die an ihrem vertrauten Frühjahresbginn festhalten möchte, soll nun mit Hilfe eines Bundesdiktates der Herbstbeginn verschrieben werden. Das kann nicht gut ausgehen! Man sollte auch die Geduld der tolerantesten Mehrheit nicht über ihre Grenzen hinaus strapazieren.

Bleibt als einziges in Betracht zu ziehendes Argument für den Herbstschulbeginn die Schwierigkeit, die zwei verschiedenen Schuljahranfänge in sprachlich geteilten Gemeinden verursachen. Ich höre bereits die Bieler Politiker aller couleurs unisono ein Wehklagen anheben über die unüberwindlichen Schwierigkeiten. Dazu nur zwei Bemerkungen: 1. Das Bieler Schulwesen krankt seit 1972 an diesen unüberwindlichen Schwierigkeiten und lebt immer noch. 2. Die Einführung des Herbstschulbeginns im französischen Kantonsteil geschah auf den ausdrücklichen und dringenden Wunsch der dortigen Bevölkerung. Für Politiker mit Kurzzeitgedächtnis sei folgender Ablauf in Erinnerung gerufen: 1972 legt die Regierung eine Herbstschulvorlage vor mit einem sogenannte «Kurzschuljahr» als Übergang. Auf heftige Proteste aus jurassischen Kreisen erhält der welsche Kantonsteil flugs ein «Langschuljahr» als Übergang, während der Grosse Rat dem alten Kantonsteil ungerührt das «Kurzschuljahr» zumutet. Daraufhin Verwerfung der Herbstschulvorlage.

Inhalt – Sommaire

Aus praktischen Gründen: JA! 297
Toleranz – eine Einbahnstrasse? 297
Für ein Berner Werkseminar! **298**
Bernischer Gymnasiallehrerverein 298
Südafrika aktuell **299**
Ehemalige 85er-Hofwiler 301
Zum Gedenken – Martin Tschannen 301
Aktion «Wald erhalten» **301**
BLTV-Spieltag 1985 ..... **301**
Skikurse im Dezember 1985 302
GOBA – ein Rückschlagspiel 302
Steine 302
Neue Tendenzen in der Schule 302
Von der Wiege bis zum Graab **303**
Tips zur Pilzsaison 303
Aquired Immune Deficiency Syndrome = AIDS 304
Nebenbei bemerkt 304
Assemblée des délégués de la CACEB **305**
Assemblée générale triennale de la SEJB 307
Assemblée des délégués de la SEJB 308
ASEP – Cours de ski 308
Mitteilungen des Sekretariates 308
Communications du Secrétariat 310

Die erneuten Proteste aus dem Jura (mit viel separatistischer Begleitmusik) veranlassen die Berner Regierung, sofort eine Herbstschulvorlage für den Jura vorzulegen. Der tolerante Berner Bär gibt den Segen dazu...

Dabei habe ich bis jetzt immer gemeint, das Wesentliche an der vielbeschworenen «Ecole romande» sei die innere Koordination mit gleichen Lehrplänen und Lehrmitteln und so.

Fazit: Ich würde nie mithelfen, unseren welschen Mitbürgern einen ihnen nicht genehmen Schuljahranfang aufzuzwingen. Aber ich nehme mir auch das Recht heraus, zum Bundesdiktat nein zu sagen.

Dr. Christoph Zürcher, Biel

Für ein Berner Werkseminar!

Handwerkliche Ausbildung in einem Werkseminar

Noch nie zuvor gab es so vorzüglich ausgebaute Bildungsstätten für Lehrer wie heute. Millionen von Franken wurden verbaut, die modernsten Hilfsmittel stehen zu Ausbildungszwecken zur Verfügung. In diesen Bildungsstätten werden bedeutend mehr Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet, als der Staat benötigt mit dem Hinweis, dass eine solche Ausbildung in jedem Fall wertvoll sei und für den Absolventen eine umfassende Ausbildungsgrundlage für sein Leben darstelle.

Bei allen Vorteilen dieser Schulung muss aber doch festgestellt werden, dass unsere Lehrerausbildung hauptsächlich «kopflastig» ist, das heisst, die handwerkliche Ausbildung zu kurz kommt.

Im weiteren ist zu bedenken, dass dem Lehrer mit der Einführung des neuen Lehrplanes im Werkunterricht bedeutend mehr Möglichkeiten offenstehen, die Schüler zu handwerklichem Tun anzuleiten, ganz im Sinne von Pestalozzi's Devise: Kopf, Herz und Hand!

Aber nun fehlt dem weiterbildungswilligen Lehrer grösstenteils die Möglichkeit zu einer umfassenden handwerklichen Zusatzausbildung. *Es wäre sicher falsch, dieses spezifische Bildungsangebot nur von den bestehenden Seminarien zu fordern, vielmehr müsste diese Weiterbildung vollzeitlich in einem besonderen Seminar angeboten werden.* Alle bisherigen Kursangebote, wie beispielsweise diejenigen der Kunstgewerbeschule und des Bernischen Vereins für Handarbeit und Schulreform, sollten dadurch in keiner Weise konkurrenziert, sondern ergänzt werden.

Der Staat kann einfach nicht neue Lehrpläne in Kraft setzen, ohne gleichzeitig den Lehrern eine entsprechende Ausbildung anzubieten.

Ein Werkseminar würde zu einer Verbesserung der Situation wirksam beitragen und auch Fachkräfte für weitere Kurse ausbilden. Es ist meiner Meinung nach nicht richtig, wenn diese Ausbildung ausschliesslich einer Klubschule überlassen wird.

Das Werkseminar in Zürich bietet schon seit mehr als 20 Jahren eine umfassende handwerkliche Ausbildung in Ein- und Zweijahreskursen an. Obwohl diese Kurse mit beachtlichen Kosten verbunden sind und eine Aufnahmeprüfung erfordern, ist die Zahl der Interessenten immer wieder sehr hoch und steigt seit Jahren ständig an. Ein entsprechendes Angebot im Kanton Bern wäre daher sehr wünschenswert, insbesondere da für bernische Lehrer die Möglichkeit, in Zürich zugelassen zu werden, sehr gering ist.

Es wäre bestimmt nicht notwendig, eine kostspielige, luxuriöse Bildungsstätte zu errichten, denn ein Anfang sollte auch in einfachem Rahmen möglich sein. Wichtig dagegen ist ein klares, aber nicht zu stark einschränkendes Konzept und ein engagiertes Leiterteam, das auf diesem Gebiet über das entsprechende Rüstzeug verfügt.

Der Schreibende durfte vor Jahren selber eine einjährige Weiterbildung am Werkseminar Zürich besuchen und zählt diese, trotz grosser persönlicher Opfer, noch heute zum beglückendsten seiner Ausbildungsjahre. *Aus dieser Erfahrung heraus erscheint es wünschenswert, dass Lehrkräfte, Gruppenleiter von Werkstätten für Behinderte, Heilpädagogen, Hortleiterinnen usw. die Möglichkeit haben sollten, nach einigen Jahren Lehrtätigkeit ein solches Weiterbildungsjahr einzuschalten.* Neben persönlichem Gewinn und Bereicherung im Lehrprogramm ergäbe sich daraus auch weiteren stellenlosen Junglehrern die Möglichkeit zu einer Stellvertretung.

Es würde mich freuen, wenn diese Gedanken eine weitere diesbezügliche Diskussion in Gang setzten.

Hannes Grauwiller, 3443 Schwanden i. E.

Bernischer Gymnasiallehrerverein

Mitteilungen aus dem Vorstand

In seiner Sitzung vom 22. August hat sich der Vorstand unter anderem mit folgenden Fragen befasst:

1. Der Präsident orientiert über den *Zusammenhang* Struktur beziehungsweise *Dauer der Oberstufe des Gymnasiums* im Rahmen der GBG (September-Session) / *Schuljahrbeginn* (Eidgenössische Abstimmung vom 21./22. September): Wenn die starre Formulierung «Das Gymnasium schliesst an die Volksschule an» gemäss Kommissionsantrag stehen bleibt, werden unsere Gymnasiasten mit dem Frühjahrsschulbeginn im ganzen Kanton auf 3 ½ Jahre Oberstufe reduziert. Mit dem Schuljahrbeginn im Spätsommer kann mit vier Jahren gerechnet werden. (Über den Maturitätsprüfungstermin, Mai/Juni oder August/September, müsste dann allerdings noch verhandelt werden. Gymnasiasten, die ihr Schuljahr im Frühling begonnen haben, dürften auf keinen Fall zu einer Verlängerung ihrer Ausbildung gezwungen werden.)
2. *Fragebogen zur Gymnasiallehrerfortbildung:* Der Vorstand bittet alle Kolleginnen und Kollegen, auch (noch) Nichtmitglieder des BGV, den Fragebogen auszufüllen und bis zum 12. September entweder an die Zentralstelle für Lehrerfortbildung zu schicken oder (zwecks Kontrolle der Rücklaufzahlen erwünscht) dem BGV Vorstandsmitglied der eigenen Schule abzugeben.
3. Der Präsident orientiert den Vorstand über die *neue Regelung der BLV Mitgliedschaft* ab Frühjahr 1986 (Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung vom 5. Juni 1985): Vollmitglieder mit einem Pensum über 66 % / Sondermitglieder I mit einem Pensum von 33–66 % / Sondermitglieder II mit einem Pensum unter 33 % / Stellenlose / Veteranen. Der Mitgliederbeitrag für den BLV soll entsprechend dem Pensum abgestuft werden. *Nachzahlungen und Übertrittsregelung* siehe Berner Schulblatt 15/16 Seite 267.

Das Obligatorium für die Schweizerische Lehrerzeitung (SLZ) entfällt auf den 1. April 1986. Der Vorstand unterstützt auf den selben Termin den fakultativen Bezug der SLZ und/oder der Berner Schulpraxis. Letztere soll nach Auffassung des BGV Vorstandes auf die BLV Mitglieder, die im Bereich der obligatorischen Schulzeit unterrichten, zugeschnitten bleiben (wie bisher) und (neu) nur noch für die entsprechenden Stufen obligatorisch bleiben.

Der Vorstand beantragt der DV vom 6. November, den BGV Mitgliederbeitrag der BLV Regelung anzupassen und analog abzustufen. Mit dieser Neuregelung insgesamt (Vereinsblätter, abgestufter Mitgliederbeitrag nach Pensen) kommen BLV und BGV der Entwicklung zu Teilpensen entgegen. Wir hoffen damit die Integration provisorisch und definitiv gewählter Teilpensenlehrer in unseren Verein zu erleichtern.

Der Präsident des BGV:
Dr. Arthur Reber, Biel

Südafrika aktuell

Bericht über die Studienreise des BMV nach Südafrika

1. Allgemeines

Wer heute Südafrika hört, denkt in erster Linie an die Republik Südafrika mit ihrer schillernden Apartheid (getrennte Entwicklung), an die Unruhen in den Townships (Schwarzensiedlung) und an den anhaltenden politischen Druck, der auf die Administration P. W. Botha ausgeübt wird. Das Land stand im Sommer 1985 im Zentrum der Medien. Kaum ein Tag verging, dass nicht über Krawalle, Streikdrohungen und diplomatische Offensiven berichtet werden musste.

In diesem «Klima» bereiste eine vierzig Mitglieder umfassende Reisegruppe des BMV die südlichsten Gegenden Afrikas. Man wollte einerseits den Natur- und Wirtschaftsraum der Republik Südafrika und Namibias studieren, andererseits standen auch Betrachtungen des kulturellen Gegensatzes sowie Einblicke in die Entwicklungsstrategien im Vordergrund.

Zur *Vorbereitung* verschaffte sich die Gruppe an vier Samstagen einen geographisch-historischen Überblick. Ergänzt wurden die eigenen Anstrengungen durch Vorträge von Prof. K. Aulich über die Pflanzengeographie mit Besuch des Botanischen Gartens Bern, von Herrn P. Kormann, Leiter der Schulwarte, über Kirche und Schule, von Herrn Br. H. Wittwer, Präsident des Vereins der Freunde Südafrikas, über die weltweite strategische Bedeutung Südafrikas, sowie eine Diskussion mit Braam Eckard, Attaché für Presse und Information der Botschaft von Südafrika in Bern.

Die *Reiseroute* führte über eine Distanz von 8400 km von Johannesburg/Durban in den Krügerpark, über Piet Retief an die Richards Bay am Indik und nach Durban, der Küste entlang in die Transkei, nach Umtata und anschliessend bis nach Kapstadt. Eine letzte lange Strecke brachte uns über Windhoek zur Etoshapfanne im nördlichen Namibia. Diese erst im Verlaufe der Vorbereitungen festgelegte Route ermöglichte eine bessere Beurteilung der geographischen Gegebenheiten des südlichen Afrikas als der ursprüngliche Vorschlag, der statt Namibia die Viktoriafälle und Harare im Programm aufführte.

Die Südafrikanische Botschaft in Bern vermittelte eine Anzahl von *Gesprächen* mit führenden Persönlichkeiten:

- ein gemütliches Zusammensein im Schweizerclub Johannesburg mit dem Schweizer Bankfachmann Dr. *Eckstein* und *H. Brandenberg*,
- ein Kolloquium mit Dr. *Rudolf* vom Afrika Institut in Pretoria,
- eine Vorlesung mit anschliessender halbtägiger Exkursion in Durban mit Prof. *Smouts*,
- ein Seminar mit *Amichand Rajbansi*, indischstämmiges Mitglied der Zentralregierung, in Durban,
- ein Vortrag mit Diskussion von Dr. *Fjl Quint* in Kapstadt.

Prof. K. Aerni, Universität Bern, vereinbarte mit Herrn Prof. Mauder in Umtata eine ganztätige Exkursion durch die Transkei.

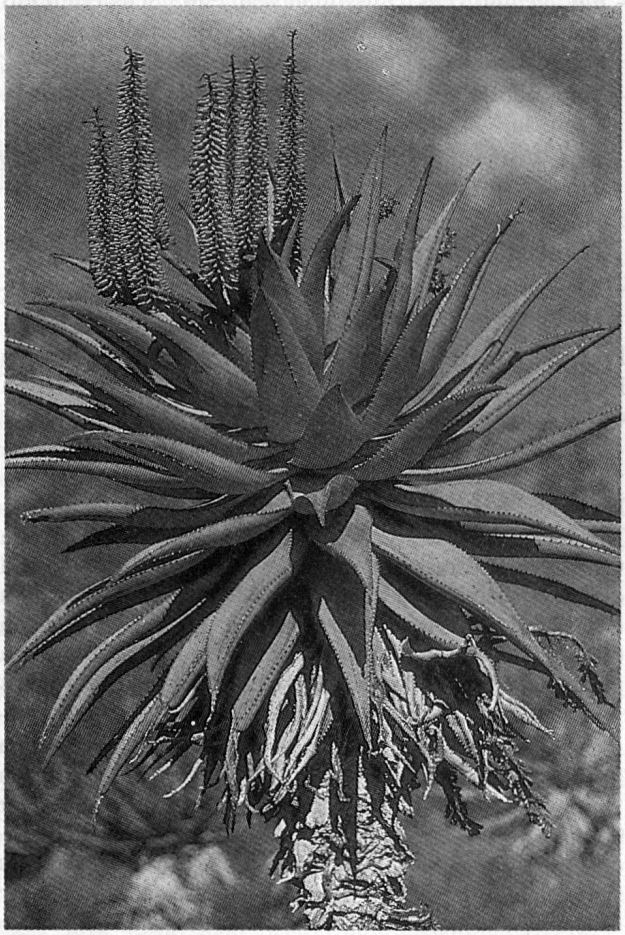
2. Resultate

Die vier Wochen vermittelten eine bunte Palette von Eindrücken. So erstaunten *im geographischen Bereich* die Grössenverhältnisse. Man spürte förmlich das Potential des südafrikanischen Raumes in den Bereichen Bergbau und Landwirtschaft. Selbst in den Schwarzen Staaten (Zulu, Transkei und Ciskei) konnte man sich über einen guten Ernährungsstand der Bevölkerung ins Bild setzen.

Südafrika bietet auch *viele landschaftliche Schönheiten*. Zur Auswahl seien genannt das Blyde-Rivier-Poort in den nördlichen Drakensbergen, die Klamme und Kolke in Bourke's Luck, der Long Tom Pass und das Fish River Canyon in Süd-Namibia. Auch kulturlandschaftlich entdeckten wir unerwartet viele in sich abgerundete und in sich ruhende Elemente. Als Beispiele seien erwähnt die Siedlungen Swellendam und Stellenbosch in der Kapprovinz aus der Burenzeit mit gut unterhaltenen Bauten im kap-holländischen Stil, weiter die Siedlungslandschaft der Transkei mit den einheitlichen Rundhütten rund um den Kral, die Plantagen im Citrusdal am Einfallstor ins Namaqualand. Die Grossstädte (mit Ausnahme Pretorias) vermochten uns nicht zu begeistern, da sie wie wild wuchernde Wolkenkratzerwüsten anmuteten und wertvolle Bausubstanz vermissen liessen.

Haus in Stellenbosch

Trotz des südlichen Winters bekam die Gruppe eine erstaunlich grosse Zahl blühender *Pflanzen* zu sehen. Die für die selbständige floristische Entwicklung typischen Aloe, Protea und Köcherbäume provozierten gar manchen Photohalt, ganz zu schweigen vom ersten Blick auf eine archaisch anmutende Welwitschia mirabilis.



Aloe

Die beiden *Safari-Ausflüge* in den Krügerpark und in die Etoshapfanne übertrafen unsere Erwartungen. Das Programm ermöglichte uns eine beschauliche Tierbeobachtung. Mit Feldstecher und Teleobjektiv bewaffnet konnte manch scheues Tier «nähergeholt» werden.

Viele Diskussionen während der Reisen wurden vom Thema *Apartheid* geprägt. Mit Spähaugen hielt man Ausschau nach äusseren Zeichen der Rassentrennung. Vereinzelt sah man Anschriften «Only withes» – «only blacks» vor Läden, Stränden und Toiletten. Morgens und abends fielen die enormen Pendlerbewegungen der Schwarzen auf, die zwischen Wohnort und Arbeitsort unterwegs waren. Die Besuche in Soweto (Township südwestlich Johannesburgs), wo wir uns auch frei bewegen konnten und die Fahrt durch verschiedene Schwarzensiedlungen um Durban, gaben uns wenig Hinweise auf Krawalle, Plünderungen und andere kriminelle Handlungen. Überhaupt gelangte man zur Einsicht, dass die Tätigkeiten der Opposition durch die Weltpresse zur Zeit unserer Reise überzeichnet wurden. So geisterte beispielsweise am 25. Juli die Meldung über einen Bürgerkrieg in Kapstadt rund um den Erdball, obwohl in Kapstadt zur selben Zeit äusserste Ruhe herrschte.

Wir konnten uns auch über den Zustand der Townships ein recht umfangreiches Bild machen. So sahen wir auf Stadtgebiet gepflegte aber einfache Siedlungen. Sobald die Townships in extremer Stadtrandlage auf das Territorium der Homelands zu liegen kamen, wurden die weltweit bekannten «Bidonvilles» sichtbar. Es fiel uns auf, wie freundlich die Schwarzen unseren Gruss erwiderten.

In den Diskussionen mit den erwähnten Persönlichkeiten mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Verantwortlichen die negativen Auswirkungen der Apartheid kennen und über die 1948 eingeführten Gesetze nicht glücklich sind. Man spürte den Willen und die Anstrengungen, für die Zukunft bessere Lösungen zu suchen. Wir mussten aber auch erkennen, dass die Forderung «one man – one vote» so einfach nicht zu lösen ist. Vor Ort fühlt man die Andersartigkeit des Schwarzen. Er denkt und lebt in anderen Dimensionen. So meinte Fyl Quint, dass es sicher nicht sinnvoll sei, die Menschen in Rassen zu trennen. Es lasse sich aber nicht leugnen, dass sich die Menschen nach Ethnien unterschieden.

Die Hauptfrage stellte sich, wie der Schwarze an der Macht partizipieren kann ohne seine Identität zu verlieren. Es gibt besonnene schwarze Führer, wie Buthelezi, Häuptling der sechs Millionen Kwa Zulu, die Grund zur Hoffnung geben können und mit denen auch das Gespräch gesucht wird. Durch die Bedeutung, die das Land im Bergbau hat, hängen wir in Europa mit, wenn die Infrastruktur des Landes durch kriegerische Ereignisse in Brüche gehen sollte.

3. Bilanz

Die Reise weist eine positive Bilanz aus. Den Teilnehmern wurde das Bild Afrikas, das in der letzten Zeit vor allem vom Hungerthema Sahel geprägt war, erweitert. Südafrika umfasst die reichsten Gebiete des Kontinentes. Sodann kann der direkte Kontakt mit Land und Leuten vielen Lehrern Mut geben, sich im Unterricht aktiv mit Südafrika zu beschäftigen und zukünftig medienkritisch die sozioökonomischen Entwicklungen zu verfolgen.

4. Dank

Es bleibt der Dank an alle am Gelingen Beteiligten:

- Prof. K. Aerni, Bremgarten, für seine Vorträge zu kulturgeschichtlichen Aspekten vor und während der Reise und für das Anknüpfen einiger Kontakte in Südafrika,
- Dr. E. Grütter, Steffisburg, für das Bereitstellen einer umfangreichen Dokumentation, die Hinweise auf die naturgeographischen Bereiche und die Organisation eines Vorbereitungshalbtages mit Seminaristen,
- Hr. P. Michel, Grosshöchstetten, für die makellose und sehr gründliche administrative Leitung,
- Hr. H. Summer, Reiseleiter Höltl, für seine profunden Kenntnisse des Gebietes und das Verständnis für unsere Anliegen.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass die ED des Kantons Bern diese Reise als Fortbildung akzeptiert und unterstützt hat – ein Zeichen der Wertschätzung solcher Art von Lehrerfortbildung.

Dr. Rudolf Zweifel, Baden

Ehemalige 85er-Hofwiler

Die Angehörigen der 85. Promotion des Staatsseminars Hofwil-Bern hielten ihr diesjähriges kameradschaftliches Treffen in Bern ab, und zwar an ungewohnter Stätte: im Wohnpark Elfenau.

Die Wahl dieses Tagungsortes hatte ihren besondern Grund; im Wohnpark Elfenau verbringt der Promotionsangehörige Hans Rudolf Balmer, Lehrer und Schriftsteller, mit seiner Gattin den Lebensabend. Von den 16 auf Erden noch lustwandelnden 85ern, die alle im neunten Lebensjahrzehnt stehen, folgten zwölf Kameraden der Einladung. Erstmals nahm auch eine kleine Anzahl Gattinnen an der Tagung teil. Ehrend gedachte man der beiden im Berichtsjahr verstorbenen Kameraden *Hans Jaun*, der in Schüpfen als Sekundarlehrer wirkte und in Matten bei Interlaken starb, und *Ernst Binggeli*, Bleienbach, der sich als Sängervater einen Namen gemacht hat. Ihr Wirken wurde von Obmann Beldi treffend gewürdigt. Als nächstjähriger Tagungsort wurde einmütig Spiez bestimmt. – Nach dem «geschäftlichen Teil» las Hermann Hofmann, Uetendorf, eine Auslese selbstverfasster Gedichte und seine berndeutsche Erzählung «Strouröseli» vor, in der Jugenderinnerungen ihren Niederschlag gefunden haben. Die Zuhörer dankten mit Beifall. – Nach einem gemeinsamen Mittagessen, fand unter der Führung von Hans Rudolf Balmer eine Besichtigung des Wohnheims statt. Dieser Rundgang hinterliess einen nachhaltigen, sehr positiven Eindruck. Den Ausklang der Promotionszusammenkunft bildete ein familiäres Beisammensein in der Wohnung von Hans Rudolf Balmer, wo Gastfreundschaft, Gemütlichkeit und ein junggebliebener Kameradschaftsgeist die Bande der Zusammengehörigkeit einmal mehr festigten.

Hermann Hofmann, 3118 Uetendorf

Zum Gedenken

Martin Tschannen (1959–1985), Worb

Eine ungewöhnlich grosse Trauergemeinde – Verwandte, Freunde, Schüler, Lehrer- und Sportkollegen – gab dem an einem Asthmaanfall verstorbenen Lehrer, Martin Tschannen, das letzte Geleit. Vorgängig gedachten Schüler und Lehrer in einer schlichten Feier in der Aula des Primarschulhauses Wyden des Verstorbenen.

Martin Tschannen wurde am 16. Oktober 1959 *in Bern geboren*. Mit seinen drei Schwestern verbrachte er Kindheit und *Jugendzeit in Burgdorf*. Schon als Kind litt er zeitweise an Asthma. Diese Behinderung vermochte ihn jedoch nie abzuhalten, seinen Lieblingsbeschäftigungen – Sport und Kadettenmusik – zu frönen. Mit dem Eintritt ins Lehrerseminar – 16. Promotion – ging für den jungen, kontaktfreudigen Menschen ein Traum in Erfüllung. Nach der Flab RS in Grandvillars wirkte er vorerst für *zwei Jahre in Unterseen;* vor drei Jahren nahm er seine geliebte Schularbeit an der *Primarschule Wyden in Worb* auf.

Martin Tschannen war ein *Sportfan*. Aus dem Bedürfnis nach Kameradschaft rückte er von den Individual-Disziplinen, der Leichtathletik, ab und wandte sich dem Mannschaftssport *Eishockey* zu. Als Spieler von Worb, Ursellen und Unterseen setzte er sich mit Leib und Seele ein. Beim Eishockey hat er dann auch seine Frau kennengelernt.

Eben noch hatten sich die beglückenden Ereignisse überstürzt:

Im Februar dieses Jahres die Wahl zum Klassenlehrer im Wydenschulhaus, im April der Umzug in die neue Wohnung in Worb, am 13. Juli die Trauung in der Kirche Amsoldingen.

Am 24. August nun wurde diesem jungen hoffnungsvollen Leben ein unerwartetes, allzufrühes Ende gesetzt. Bei der Vorbereitung eines geselligen Anlasses trat mit nie gekannter Heftigkeit das *Asthma* auf. Weder Arzt noch Spital konnten ihm noch helfen.

In Martin Tschannen verlieren wir einen lieben Kollegen, Kameraden und aufrichtigen Freund.

Marcel Fuchs, 3076 Worb

Aktion «Wald erhalten»

chj. Die Aktion «Wald erhalten» ist im September in Biel tätig.

Zwischen dem 5. und 9. September 1985 haben Schülerinnen und Schüler die früher vorgestellten Broschüren verkauft. Der Reinertrag dient dazu, die anschliessende Aktion zu finanzieren. Für diese praktische Phase haben sich bis heute 110 Klassen mit 1888 Jugendlichen gemeldet. Sie werden zwischen dem 16. und 26. September 1985 in den Wäldern rund um Biel aufräumen, anpflanzen, pflegen und die Bäumchen vor Verbiss schützen. Förster und Waldarbeiter werden dabei mit ihren Erfahrungen dazu beitragen, dass alle am Ende des Tages mit neuen Erkenntnissen nach Hause gehen können.

Wollen auch Sie etwas tun?

Wenden Sie sich an

Forstlicher Informationsdienst, Rosenweg 14, 4501 Solothurn (Telefon 065 23 55 54).

BLTV-Spieltag

Einladung zum BLTV Spieltag 1985 in Biel

Ort:	Biel, Seminar Linde
Datum:	**10. November 1985**
offen für:	Lehrerspielgruppen des Kantons (inkl. Seminar)

Mannschaften: Damen, Herren, Mixed
Spiele: Vormittag: Für alle Volleyball
Nachmittag: Damen und Mixed Unihoc
Herren Bänklifussball

Anmeldungen **bis 26. Oktober 1985** an
Othmar Schürer, Neuenburgstrasse 22, 2505 Biel

Skikurse im Dezember 1985

Der Schweizerische Verband für Sport in der Schule führt folgende Skikurse durch:

Skilagervorbereitung (Kurs 137)
J+S FK vom 12.–14. Dezember 1985 in Davos. Kursleiter U. Winkler.

Skifahren (Kurs 138)
J+S Leiterkurs 1 A, FK 1–3 A. 26.–31. Dezember 1985 auf der Seebenalp. Kursleiter A. Ebneter.

Anmeldungen bis zum 1. November 1985 an: Sekretariat SVSS, ETH-Zentrum, 8092 Zürich.

GOBA – ein Rückschlagspiel

Weitsprung mit 50 oder ein Felgaufzug im AHV-Alter, oder gar ein Eineinhalb-Salto vom drei Meter Sprungbrett als Grossmutter?
Diese Aufzählung ist beliebig erweiterbar, denn schon seit einigen Jahren «geistert» das Thema Life-Time Sport in Turnlehrerkreisen umher.

Der Auseinandersetzung mit diesem Problem ist denn auch das am Zentralkurs «Tischtennis in der Schule» vorgestellte Projekt GOBA zu verdanken.

Wegen technischer und organisatorischer Schwierigkeiten fanden Sportarten wie Badminton, Tennis und Tischtennis kaum Einzug ins Schulturnen.

GOBA (Go and Back) ist die Idee eines Grundspieles für diese Rückschlagsportarten. Es vereinigt folgende Spielanforderungen:

- Die Schläger können im Werkunterricht vom Schüler hergestellt werden (fächerübergreifend).
- Es wird beidhändig gespielt.
- Durch die direkte Befestigung des Schlägers an der Handfläche entfällt das schwierige Umsetzen vom Griff/Stiel auf die Trefferfläche.
- Das Spiel über eine Leine verlangt wenig Materialaufwand, ist an keine Hallengrösse gebunden und gibt einer ganzen Klasse die Möglichkeit, sich gleichzeitig zu betätigen.

Diese Aufzählung zeigt, dass GOBA bereits auf der Unterstufe eingesetzt werden kann.

Ah, Entschuldigung, Sie wissen noch nichts über Bälle, Aufbaureihen, Kosten usw.; aber auch daran haben wir gedacht.

Interessenten für GOBA können **detaillierte Angaben** anfordern bei:
Etienne Bütikofer, Wagnerstrasse 21, 3007 Bern.
(Preis der Broschüre Fr. 4.50 inklusive Porto)

Steine

Bericht über den Kurs «Mosaikbau mit Natursteinen»

Dass sie uns oft zu faszinieren vermögen, hat sicher jeder vons uns schon erfahren, dass sie viele «Gesichter» haben auch, dass man sich aber *mit* ihnen in der Schule beschäftigen kann, ohne viel *über* sie zu reden, war für mich eine neue Erfahrung.

In *Ernst Bühler* fanden wir einen Kenner. In Biel war in den vergangenen Sommerferien von Glimmer, Granit und Kalk wenig die Rede, sondern ganz zielstrebig gingen wir Teilnehmer des Mosaikbaukurses sofort daran, ein Mosaik herzustellen: Ein Lattenviereck füllten wir fast gestrichen voll mit Lehm, in welches wir Steinchen steckten – nicht zu tief – alsdann streute man Sand über das Ganze, strich eine zweite Schicht Lehm über das entstandene Bild, stürzte es und ersetzte die erste Lehmschicht durch Zement – einen Tag warten, umwenden, putzen – fertig war das Mosaik!

Vieles ist noch nicht gesagt, zum Beispiel dass Herr Bühler gleich kistenweise Werkzeug zur Verfügung hatte, vom Pinsel bis zur Steinbrechmaschine, **vor allem aber, dass man als Lehrer dieses Werkzeug von der Schulwarte leihweise bekommt.** So ist es jedem möglich, mit seiner Schulklasse Mosaiken anzufertigen. Ich werde es jedenfalls nächstens tun.

Besten Dank, lieber Ernst, für Deine umsichtige Anleitung! Besten Dank auch für Tee und Guetzli in Deinem wundervollen Park am Meienriedweg.

Fritz Egli, 3515 Oberdiessbach

Neue Tendenzen in der Schule

Zu diesem Thema findet die Jahrestagung der Interkantonalen Arbeitsgemeinschaft für die Unterstufe (IKA) am 23. November 1985 im Volkshaus Helvetia, Zürich, statt.

Referenten sind Alfred A. Häsler, Zürich, und Ursina Gloor, Basel.

Für den Vorstand der IKA:
Röbi Ritzmann, Zürich

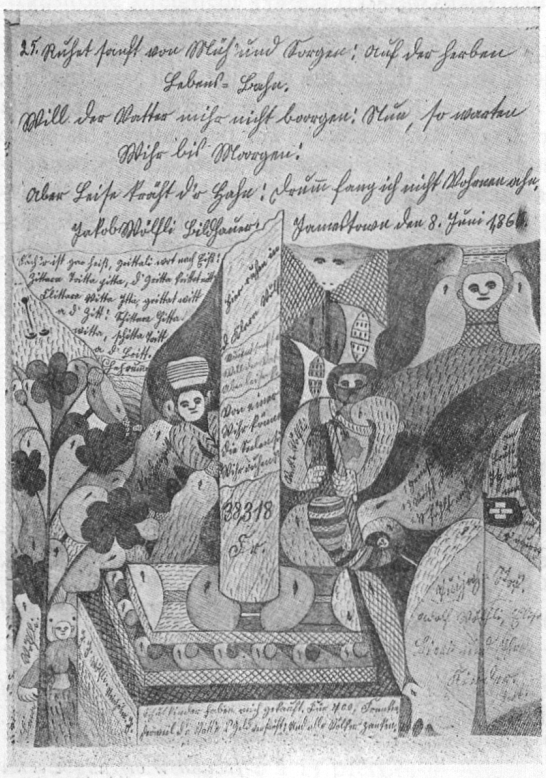
Von der Wiege bis zum Graab

Ausstellung zu Anlass der ersten Veröffentlichung von Wölflis dichterischem Werk. Kunstmuseum Bern, bis 31. Oktober.

Adolf Wölfli (1864–1930) ist als Künstler und Aussenseiter ein Klassiker. Sein monumentales zeichnerisches, dichterisches und musikalisches Werk entstand während seiner über dreissigjährigen Internierung in der Irrenanstalt Waldau bei Bern. Trotz der schizophrenen Erkrankung gehört Wölfli als Zeichner und Dichter zu den grossen Schweizer Künstlern des 20. Jahrhunderts. Bekannt und berühmt waren bis heute nur Wölflis Zeichnungen.

Neben den Zeichnungen entstand ein bis heute nahezu unbekanntes, umfangreiches erzählerisches Œuvre, das als eigentliches Lebenswerk für Wölfli selber von grosser Wichtigkeit war. Er arbeitete an diesem «kompliszierten Wärk» ohne Unterbrechung von 1908 bis zu seinem Tod im Jahr 1930. Das erzählerische Werk besteht aus Prosatexten, die mit Gedichten, musikalischen Kompositionen und Illustrationen durchsetzt sind. Von Wölflis schriftlichem Nachlass, den «Heften», sind heute 45 grosse Bände und 16 Schulhefte, mit insgesamt über 25 000 dicht beschriebenen Seiten erhalten.

Wölfli bezeichnet seine Bücher als «Hefte»; in Grösse und Umfang sind es Folianten im Zeitungsformat (50 × 37 cm). Als Papier verwendete er unbedruckte Zeitungsbogen, die man ihm in der Waldau zur Verfügung stellte. Er nähte die Papierbogen zunächst jeweils zu Heftlagen zusammen und band diese anschliessend mit hellbraunen Kartondeckeln zu Heften. Die ersten Hefte sind noch verhältnismässig dünn, die späteren nehmen an Umfang zu und werden schliesslich bis zu 50 cm dick – aufeinander gestapelt wachsen die Bücher zu einem Berg in der Gesamthöhe von über zwei Metern an.



Wölfli schrieb seine Texte mit Bleistift oder gelegentlich auch mit Farbstiften in altdeutscher Sütterlinschrift. Seine eigenwillige Orthographie und Interpunktion hält er konsequent durch. Die Texte sind reich illustriert, das erzählerische Werk enthält insgesamt 1622 Zeichnungen und 1635 Collagen.

Publikation

«Von der Wiege bis zum Graab» in zwei Bänden (Band 1: Wölflis Text, 775 Seiten; Band 2: Kommentare, Anmerkungen und Register, 239 Seiten). Herausgegeben von der Adolf-Wölfli-Stiftung, Kunstmuseum Bern, bearbeitet von Dieter Schwarz und Elka Spoerri. Verlag S. Fischer, Frankfurt 1985. Fr. 98.— (ab Mitte Oktober im Buchhandel erhältlich).

Tips zur Pilzsaison

Der einigermassen kundige Pilzsammler weiss zwischen giftigen, ungeniessbaren und essbaren Pilzen zu unterscheiden. Dennoch wird auch er beträchtlich verunsichert durch Untersuchungen, die in jüngster Zeit an essbaren Wildpilzen vorgenommen wurden: Wissenschafter und Lebensmittelchemiker haben nämlich entdeckt, dass gewisse Pilze sogenannte Schwermetalle (vor allem Cadmium, Quecksilber, Blei, Kupfer) anreichern, das heisst mehr davon aufnehmen als ihre Umwelt, in der sie wachsen.

Solche Untersuchungen sind möglich geworden, weil die Methoden der Analyse sich in den letzten Jahren sehr stark verfeinert haben. Vor allem Cadmium und Quecksilber sind für den menschlichen Körper schon in kleinsten Mengen schädlich; sie beeinträchtigen zum Beispiel Nieren-, Leber- und Nervenfunktionen. In vielen Fällen ist die Anreicherung von Schwermetallen eine Folge der Umweltverschmutzung (verkehrsreiche Strassen, Luft-Wasser-Immissionen, Klärschlamm, Müllkompost). In anderen Fällen stellte man fest, dass Pilze aus relativ wenig belasteten Gebieten ebenfalls recht hohe Schwermetallgehalte aufwiesen. Die Mechanismen, mit denen Pilze sich mit solchen Schadstoffen anreichern, sind aber bis heute noch nicht genau bekannt.

Wie schädlich sind schwermetallhaltige Speisepilze?

In dieser Frage sind die Wissenschafter sich noch nicht ganz einig. Der Gehalt an giftigen Schwermetallen ist allerdings bei einigen Pilzarten erheblich grösser als bei allen anderen pflanzlichen Lebensmitteln. Worüber die Fachleute aber noch rätseln, ist die Frage, wieviel denn von den Schwermetallen, die in Pilzen vorkommen können, tatsächlich in den menschlichen Körper gelangen. Allgemein bekannt ist, dass Pilze schwer verdaulich sind; so glauben manche, dass deshalb auch nur wenige Anteile der in Pilzen angereicherten Schadstoffe vom menschlichen Organismus tatsächlich aufgenommen werden. Solange wir darüber nicht klar Bescheid wissen, lohnt es sich bestimmt, vorsichtig zu sein.

Soll man überhaupt Wildpilze essen?

Gegen gelegentlichen Genuss von Wildpilzen bestehen nach Ansicht der Lebensmittelexperten keine Einwände. Folgende Empfehlungen sollten allerdings beachtet werden:

- Eine erwachsene Person soll regelmässig nicht mehr als 200 bis 250 g Wildpilze pro Woche essen, Kinder entsprechend dem Körpergewicht etwas weniger.
- Falls Wildpilze regelmässig gegessen werden, sollte auf weitere belastete Lebensmittel (zum Beispiel Fische, Nieren) verzichtet werden.
- Bei der Zubereitung von Champignons, die in der freien Natur gesammelt wurden, ist empfehlenswert, die Huthaut und die Lamellenschicht zu entfernen; in diesen Teilen werden die höchsten Konzentrationen von Schwermetallen gefunden.

Konsequenzen für Pilzsammler

Entlang von stark befahrenen Strassen, in Industriegebieten oder in stark landwirtschaftlich genutzten Gegenden sollten keine Pilze gesammelt werden. Diese weisen an den erwähnten Stellen im allgemeinen einen sehr hohen Schadstoffgehalt auf. Pilze aus wenig belasteten Gebieten wiesen meist wesentlich geringere Mengen von Schwermetallen auf. Neben den Champignons sind auch andere Speisepilze nicht davon frei.

Gefahrlose Zuchtpilze

Der Pilzliebhaber, der durch die Meldungen über Schwermetalle verunsichert ist und Wildpilze nur mit Bedenken sammelt oder noch lieber auf sie verzichtet, kann dennoch zu seinen Gaumengenüssen kommen, wenn er Zuchtpilze verwendet. *Zuchtpilze können ohne Gefahr gegessen werden.* Sie werden auf besonders ausgewählten Nährböden gezogen.

Schweizer Ärzteinformation, 8008 Zürich

Aquired Immune Deficiency Syndrome = AIDS

Erstmals wurde im Sommer 1981 über das gehäufte Vorkommen von schweren Lungenentzündungen zusammen mit bösartigen Hautgeschwülsten bei jungen Männern in Amerika berichtet. Die Ursache dieses bis anhin nur selten festgestellten Krankheitsbildes wurde in einer erworbenen Abwehrschwäche gefunden und die Krankheit in der Folge als AIDS (Aquired Immune Deficiency Syndrome = erworbene Immunmangelkrankheit) bezeichnet.

1984 konnte der Erreger dieser Krankheit (ein Virus) erkannt und isoliert werden. Dieses Virus besitzt die Fähigkeit, weisse Blutkörperchen zu befallen, die massgeblich an der Bildung von Abwehrstoffen beteiligt sind. Obwohl die weissen Blutkörperchen dabei nicht zerstört werden, wird ihre Funktion jedoch derart beeinträchtigt, dass die körpereigene Abwehrkraft langsam abnimmt.

Wie erkennt man AIDS?

AIDS ist eine *Krankheit mit mehreren Gesichtern.* Als wichtigste klinische Krankheitszeichen sind schmerzlose Schwellungen von Lymphdrüsen, Gewichtsverlust ohne erklärbare Ursache, chronisches Fieber über 38°C, Durchfälle und Nachtschweiss zu nennen. Nicht selten weisen Patienten mit AIDS auch eine *Blutarmut* auf; häufig finden sich als Ausdruck der Abwehrschwäche Lungenentzündungen, Pilzinfekte der Haut und Schleimhäute sowie zusätzliche Bakterien- oder Virusinfektionen. Ein beträchtlicher Teil der Patienten entwickelt zudem bei längerem Krankheitsverlauf auch *psychische Veränderungen.* Rund ein Drittel der Patienten erkrankt ausserdem an dem sogenannten Kaposi-Sarkom, einer bösartigen Geschwulst, die vornehmlich in der Haut, aber auch im Magen-Darm-Trakt auftritt.

Wer ist gefährdet?

Da das Virus hauptsächlich *durch häufigen Partnerwechsel* und durch Blut bzw. Blutprodukte übertragen wird, findet AIDS sich vorwiegend bei Homosexuellen, Drogensüchtigen (die unsterile Injektionsnadeln benützen) sowie bei Patienten, die öfters Bluttransfusionen benötigen. Wahrscheinlich gehören auch die Prostituierten zur AIDS-Risikogruppe.

Was ist zu tun?

Wissenschaftliche Veröffentlichungen, regelmässige Fortbildungsveranstaltungen und Informationsschriften des Bundesamtes für Gesundheitswesen vermitteln heute dem *Hausarzt* das notwendige Wissen über die Diagnostik dieser sozial wichtigen Erkrankung. Patienten aus den erwähnten Risikogruppen, aber auch Patienten mit einzelnen der beschriebenen Symptome, werden in der Regel zuerst vom Hausarzt untersucht. Weil dieser seine Patienten bereits kennt, ist er am besten in der Lage, die Symptome individuell zu beurteilen, die notwendigen Tests anzuordnen und die Patienten betreffend allfällige weitere Massnahmen zu beraten. Wo notwendig, wird der Hausarzt einen Fachkollegen zuziehen oder den Patienten einer auf AIDS-Probleme spezialisierten Klinik zuweisen.

Vorsicht! Vorbeugen!

An der *Entwicklung eines Impfstoffes* wird zwar intensiv gearbeitet; jedoch dürfte noch einige Zeit verstreichen, bis ein derartiges Medikament zur Verfügung steht. Da andererseits die Möglichkeiten zur Behandlung bis heute sehr beschränkt sind, kommt vor allem den vorbeugenden Massnahmen grösste Bedeutung zu. Erfreulicherweise haben einzelne Risikogruppen bereits Informationsstellen in Form von Selbsthilfegruppen gegründet.

Schweizer Ärzte-Information, 8008 Zürich

Nebenbei bemerkt

Wer es nicht der Mühe wert findet, bessere Zeiten herbeizuführen, der ist auch nicht gut genug für bessere Zeiten.

Jeremias Gotthelf

So gewiss ist der allein glücklich und gross, der weder zu herrschen noch zu gehorchen braucht, um etwas zu sein.

Johann Wolfgang Goethe

Assemblée des délégués de la CACEB

Le 19 juin 1985, les délégués de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB) se réunissaient à Berne, sous la présidence de *Hans Minder de Steffisburg*, pour leurs assises annuelles.

Après que le président eut souhaité la bienvenue aux délégués, aux membres des commissions d'administration et de vérification, aux invités ainsi qu'à l'administrateur de la caisse, M. Hanspeter Sieber, les délégués approuvèrent le procès-verbal de l'AD 1984 et examinèrent le

rapport de gestion et les comptes annuels.

Commentant le rapport de gestion, *Hanspeter Sieber* donne les explications suivantes:

Les réserves mathématiques ont subi d'une part une augmentation de 32 millions de francs due à l'augmentation de l'allocation de cherté et d'autre part de 43 millions de francs provenant des allocations d'ancienneté et de l'accroissement de l'effectif des membres. Elles atteignent 1,537 milliard de francs. Le découvert n'a augmenté que de 0,9 million de francs, c'est-à-dire que la caisse a réalisé un bénéfice technique de 42,1 millions de francs. Nous constatons avec satisfaction que le degré de couverture s'est encore amélioré; il atteignait en fin d'année 57,34 % (résultat espéré à long terme: 80 %).

Les cotisations perçues pour le financement de la rente transitoire atteignent 358 000 francs et les rentes versées 301 000 francs. L'excédent des recettes se réduit à 57 000 francs. En 1985, nous comptons avec un excédent des dépenses de 100 000 francs qui pourra toutefois être couvert grâce aux réserves des trois dernières années.

Les frais généraux correspondent dans l'ensemble au budget. Les postes principaux sont représentés par les traitements avec 700 000 francs en chiffre rond et le service électronique avec 340 000 francs (achat d'un nouvel ordinateur). La mise en service définitive de celui-ci est prévue dans le courant de l'été, lorsque toutes les données auront pu être enregistrées.

Les conditions de travail toujours plus compliquées de nombreux enseignants, les changements d'horaires de semestre en semestre de même que les nouvelles et innombrables prescriptions et réglementations rendent toutes mesures de rationalisation illusoires, ceci malgré l'aide de l'ordinateur. C'est ainsi qu'entre mars et avril, le personnel a dû consacrer 50 % environ de son temps de travail pour répondre à des demandes téléphoniques.

L'administrateur rend une nouvelle fois attentif à la possibilité d'obtenir des prêts à des conditions avantageuses pour la construction ou l'achat de maisons familiales ou d'appartements en copropriété. La commission créée à cet effet se réunit tous les trois mois et peut octroyer chaque fois 10 à 15 prêts.

M. Sieber termine en remerciant ses collaborateurs ainsi que la commission d'administration.

Le rapport de gestion et les comptes annuels sont ensuite approuvés à l'unanimité avec remerciements à la commission d'administration et à l'administrateur.

Puis l'assemblée observe une minute de silence pour honorer la mémoire des membres décédés au cours de l'exercice.

Rente supplémentaire et rente transitoire

M. Moritz Baumberger, membre de la commission d'administration, informe l'assemblée du principe des trois piliers. Puis il explique la différence entre le supplément de rente et la rente transitoire qui sont versés par la caisse.

Un supplément de rente est accordé aux enseignants qui sont mis au bénéfice d'une retraite prématurée pour raison de santé, mais qui ne remplissent pas les conditions pour obtenir une rente de l'assurance invalidité fédérale (AI). Le supplément de rente est financé par les membres ainsi que par l'Etat et les communes.

La rente transitoire est destinée aux membres qui demandent leur mise à la retraite anticipée volontaire et qui n'ont pas encore droit à la rente de l'AVS. La rente transitoire est financée uniquement par les membres, sans l'aide de l'Etat et des communes.

Un nombre toujours croissant de membres fait usage de la possibilité de prendre une retraite anticipée volontaire. C'est pourquoi l'augmentation des cotisations pour le financement de la rente transitoire est devenue inévitable. La commission d'administration a recherché une solution simple afin d'éviter des modifications constantes dues au renchérissement de la vie.

Sur proposition de la commission de gestion, les délégués approuvent alors à l'unanimité les dispositions suivantes qui devront encore recevoir l'approbation du Conseil exécutif et donneront à la CACEB une des réglementations les plus modernes parmi les caisses de pensions (voir encadré).

Relevons que cette nouvelle réglementation répond à une des revendications de la SEB pour lutter contre le chômage des enseignants. Lors de leur assemblée du 5 juin 1985, les délégués avaient approuvé le point suivant: *Pt. 1.7: Augmentation de la rente transitoire – financée par les primes des assurés – pour faciliter la retraite anticipée volontaire.*

Le poids de l'Etat

Dans un court exposé, l'administrateur de la caisse, *M. H. P. Sieber*, aborde quelques aspects et problèmes concernant la prévoyance professionnelle qu'il côtoie chaque jour et qui influencent son travail.

Notre prévoyane est basée sur le système des trois piliers prévu dès 1972 par la constitution fédérale. En 1925 déjà, l'article 34quater de la constitution, ayant pour objet l'AVS, était approuvé. La première loi d'exécution fut

Ad article 12, alinéa 1, lettre b

La cotisation mensuelle pour le financement du supplément de rente est échelonnée comme suit:

pour un traitement assuré jusqu'à 15000 francs ..... Fr. 1.–

pour un traitement assuré de 15001 à 30000 francs ..... Fr. 2.–

pour un traitement assuré de plus de 30000 francs ..... Fr. 3.–

Ad article 12, alinéa 1, lettre e

La cotisation mensuelle pour le financement de la rente transitoire est échelonnée comme suit:

pour un traitement assuré jusqu'à 15000 francs ..... Fr. 3.–

pour un traitement assuré de 15001 à 30000 francs ..... Fr. 6.–

pour un traitement assuré de plus de 30000 francs ..... Fr. 8.–

Ad article 27, alinéa et article 29bis, alinéa 3

1. Le supplément de rente, resp. la rente transitoire, correspond aux rentes AVS/AI; la rente maximale est remplacée.

2. Le supplément de rente, resp. la rente transitoire, correspond pour les hommes mariés dont le mariage a eu lieu avant l'âge de 65 ans révolus ou avant le début d'une rente d'invalidité de la caisse

– au montant de la rente maximale simple de l'AVS/AI plus le montant de la rente complémentaire maximale en faveur de l'épouse aussi longtemps que ni le bénéficiaire ni son épouse n'ont droit à une rente AVS/AI;

– au montant de la rente maximale simple de l'AVS/AI aussi longtemps que seule l'épouse a droit à une rente de l'AVS/AI.

3. Les autres pensionnés reçoivent le montant de la rente maximale simple aussi longtemps qu'ils n'ont pas droit à une rente de l'AVS/AI.

4. Si le pensionné n'a droit qu'à une rente partielle de l'AI, son supplément de rente sera réduit proportionnellement. Pour les assurés qui n'exercent pas leurs fonctions à titre principal, le supplément de rente, resp. la rente transitoire, sera diminué proportionnellement à leurs cotisations.

5. Si les deux conjoints touchent une rente de la caisse, ils n'auront droit qu'à un supplément de rente, resp. qu'à une rente transitoire.

6. Si le bénéficiaire d'une rente reçoit une indemnité journalière de l'assurance invalidité fédérale, le supplément de rente est réduit du montant dont la rente de la caisse et l'indemnité journalière excèdent le traitement au moment de la mise à la retraite.

7. Le supplément de rente peut être réduit ou supprimé si le bénéficiaire d'une rente d'invalidité de la caisse néglige, malgré injonction, de faire valoir ses droits auprès de l'assurance invalidité fédérale.

8. Si une rente de l'assurance invalidité fédérale est réduite par suite d'une faute grave de l'intéressé (art. 7 LAI) ou refusée totalement ou pour la moitié parce que le bénéficiaire d'une rente d'invalidité de la caisse exerce une activité lucrative, le droit au supplément de rente tombe.

9. Dans des cas particuliers, la commission d'administration peut renoncer complètement ou en partie à la réduction du supplément de rente d'un membre invalide.

10. Ces dispositions d'exécution entrent en vigueur le 1er août 1985.

rejetée en 1931. La loi sur l'AVS est entrée en vigueur en 1948. Les structures fondamentales pour le 1er pilier ont exigé 23 ans de préparation.

En 1972, la modification de l'article 34quater de la constitution, c'est-à-dire le principe de la prévoyance obligatoire en tant que 2e pilier, était acceptée. En 1975, le Conseil fédéral publia un message et le premier projet pour une loi sur la prévoyance professionnelle (LPP). Cette dernière est entrée en vigueur le 1er janvier 1985. Les travaux préparatoires pour le 2e pilier ont demandé 10 ans de moins que pour l'AVS. Si ces travaux avaient duré plus longtemps, les politiciens et l'Office fédéral des assurances sociales auraient peut-être découvert qu'une simple loi-cadre aurait suffi pour compléter les dispositions des caisses de pensions efficaces, existant depuis de longues années, et pour adapter les possibilités d'assurance. Nous avons aujourd'hui malheureusement une loi qui règle de nombreuses modalités, en partie étrangères à la pratique.

Le prof. Carl Helbling de l'Université de Zurich estime que 85 à 90 % des employés étaient assurés de façon suffisante avant l'entrée en vigueur de la LPP et que 10 à 15 % seulement ne disposaient que d'une assurance insuffisante. Le référent doute que ces derniers jouissent maintenant d'une prévoyance meilleure grâce à la LPP. Pour illustrer ce qui précède, M. Sieber indique qu'avant l'entrée en vigueur de la LPP, il a dû observer une centaine de paragraphes. Aujourd'hui, il doit tenir compte

de 372 paragraphes et de nombreuses ordonnances fédérales ainsi que de décrets et arrêtés cantonaux. Il y a lieu d'ajouter les innombrables horaires partiels, les changements d'horaires périodiques et les remplaçants qui doivent à l'avenir être également intégrés dans l'assurance si leur emploi dure plus de trois mois.

La nouvelle loi sur l'assurance accident (LAA) en vigueur depuis le 1er janvier 1984 donne elle aussi lieu à des critiques sévères. On parle d'absurdités et de dispositions qui ne sont en partie pas applicables.

Si nous nous laissons de plus en plus dominer par une prévoyance uniforme, nivelée, le danger menace les caisses de pensions aux prestations élevées comme la nôtre (nos prestations sont en moyenne à 100 % plus élevées que celles de la LPP) d'être transformées en institutions ne versant plus que les prestations minimales prévues par la LPP.

Récemment, nous avons pu lire dans la presse que le Conseil fédéral ne pouvait pas envisager une 10e révision de l'AVS en raison des conditions actuelles. En outre, les objectifs principaux de l'assurance sociale sont atteints. Toutes les personnes concernées doivent se rendre à l'évidence du coût d'une telle révision. Il est dangereux de se laisser bercer par une illusion selon laquelle les contributions fournies par l'Etat seraient gratuites.

M. Sieber cite une nouvelle fois le professeur Helbling qui, dans la préface de son livre «Prévoyance professionnelle et LPP» écrit:

«Chaque année, la révision d'une ou l'autre des assurances sociales a lieu; elle prévoit presque toujours une amélioration des prestations mais entraîne aussi de nouvelles prescriptions légales. Les limites sont ici vraiment atteintes. A l'avenir, il faudrait plutôt songer à une consolidation et à une meilleure coordination au lieu d'envisager un nouvel élargissement. Il serait judicieux de prévoir une simplification qui permette à nouveau une vue d'ensemble.»

M. Sieber est d'avis qu'il serait nécessaire de repenser au sens initial du principe des trois piliers, c'est-à-dire:

1er pilier = prévoyance de l'Etat,
2e pilier = prévoyance professionnelle,
3e pilier = responsabilité personnelle de chaque citoyen.

L'assemblée remercie M. Sieber de son exposé par des applaudissements nourris.

Retraite anticipée et impôts

Dans les «Divers» le président informe sur la situation financière d'une ou d'un enseignant qui demande à être mis au bénéfice de la retraite anticipée volontaire. La révision de l'imposition joue, dans ce cas, un rôle important. La réduction est beaucoup moins grande qu'on le croit généralement. M. Minder le prouve par quelques chiffres qu'il met à la disposition des délégués. Les décisions prises permettront aux collègues de quitter prématurément la profession sans qu'il leur en coûte trop et de créer des emplois pour de jeunes collègues au chômage.

La prochaine assemblée des délégués de la CACEB aura lieu le 18 juin 1986.

Yves Monnin

Assemblée générale triennale de la SEJB

Vendredi 25 octobre 1985, Ecole de culture générale / Ecole professionnelle, rue Pré-Meunier 1, Moutier

Programme

14 heures
Assemblée des délégués de la SEJB

15 h. 15
Assemblée générale triennale

Ordre du jour

1. Ouverture de l'Assemblée générale
2. Rapport de la présidente de la SEJB sur la période 1982–1985
3. Informations sur les décisions de l'Assemblée des délégués de la SEB du 5 juin 1985 à propos des mesures pour combattre le chômage des enseignants
4. Elections complémentaires au Comité central de la SEJB
5. Election du président (de la présidente) de la SEJB
6. Désignation des représentants SEJB au Comité central de la SPR
7. Propositions éventuelles des membres, des sections ou des organisations de degrés
8. Divers et imprévus

16 h. 30
L'informatique à l'école: Situation actuelle et perspectives d'avenir

18 heures
Apéritif

19 heures
Repas animé par les «Branle-Glotte» (inscription indispensable)

Le Comité central de la SEJB

Nous rendons les collègues attentifs aux points suivants:

1. *Propositions:* Les propositions éventuelles doivent être envoyées par écrit jusqu'au 28 septembre 1985 à Judith Schenk, rue des Malterres, 2603 Péry.
2. *Congé:* Les enseignants qui assistent à l'Assemblée générale de la SEJB ne sont pas tenus de rattraper les heures (décision de la DIP du 14 mai 1982). Les enseignants sont toutefois tenus d'en avertir à temps la commission d'école, le directeur de l'école ainsi que les élèves et leurs parents.
3. *Repas:* Inscription jusqu'au 18 octobre 1985 au moyen des bulletins envoyés dans les écoles.

Assemblée des délégués de la SEJB

La prochaine Assemblée des délégués de la SEJB aura lieu le *vendredi 25 octobre 1985, à 14 heures, à l'Ecole de culture générale / Ecole professionnelle de Moutier* (rue Pré-Meunier 1)

Ordre du jour

1. Ouverture de l'Assemblée des délégués
2. Procès-verbal de l'AD SEJB du 24 avril 1985 (compte rendu dans l'«Ecole bernoise» N° 11 du 31 mai 1985 / dans l'«Educateur» N° 10 du 30 mai 1985)
3. Rapport d'activité du Comité central de la SEJB
4. Rapport de la commission «Croix-Rouge Jeunesse»
5. Approbation du mandat de la commission pédagogique
6. Programme d'activité 1985/1986
7. Election du président de l'AD SEJB et de deux vice-présidents
8. Divers et imprévus

Le président: *Michel Lanève*

ASEP

Cours de ski – Décembre 1985

Cours N° 136 Ski à l'école

préparation d'un camp de ski
(CP J+S)
4–7 décembre 1985, Haute-Nendaz
Direction du cours: J.-Cl. Meyer

Ce cours est destiné aux maîtres chargés de la préparation d'un camp de ski et qui doivent remplir leurs obligations de IS ou de moniteurs J+S.

Cours N° 139 Ski total

CF J+S 1 / CP J+S / Ski à l'école
26–31 décembre 1985, Les Crosets
Direction: G. Hirschi
Thème: L'enseignement du ski à l'école
La préparation du camp de ski

Cours de formation J+S A / Cours de perfectionnement 1–3 A. Utilisation du camp de ski pour promouvoir l'éducation du mouvement.

Formules d'inscription et conditions: s'adresser au *Secrétariat de l'ASEP*, ETH-Zentrum, 8092 Zurich, ou au président de l'AEPSJB: *M. Jean-François Erard, chemin des Mésanges 18, 2740 Moutier, téléphone 032 93 43 93.*

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Mittwoch, 28. August 1985, 14.30 bis 17.15 Uhr
Vorsitz: Hansulrich Wyler

Zum ersten Mal konnte der Vorsitzende als neues Mitglied Gewerbelehrer Rudolf Steiner aus Biel begrüssen, der auf August 1985 turnusgemäss Hansueli Mösching, Lehrer an der kaufmännischen Berufsschule in Thun, ablöste.

Dann konnte er den Vollzug zweier, vom BLV seit langem geforderter Änderungen auf Beginn des Schuljahres 1986/87 bekanntgeben:

– **Neuregelung der Altersentlastung,** die aber gleichzeitig eine Beschränkung zum Erteilen von Zusatzlektionen gemäss Beschluss 2.1 der Delegiertenversammlung BLV vom 5. Juni 1985 betreffend Massnahmen zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit einschliesst. Mit der Neuordnung wird das Pflichtpensum zum Erreichen einer vollen Besoldung für altersentlastungsberechtigte Lehrer ab dem Schulsemester, das der Vollendung des 50. Altersjahres folgt, um zwei Lektionen herabgesetzt. Diese gehen demnach der Altersentlastung nicht mehr verlustig, wenn sie mehr als zwei Lektionen unterhalb des bisherigen vollen Beschäftigungsgrades unterrichten. Zusatzlektionen werden für über fünfzigjährige Lehrer nur aus schulorganisatorischen Gründen und mit Bewilligung der kantonalen Instanzen erteilt werden können und nur noch am selben Schultyp und mit absoluter Einschränkung auf zwei Einheiten möglich sein. Für Lehrer, die noch nicht Anspruch auf Altersentlastung haben, gilt die bisherige Regelung, die aber neu auf alle der ED unterstellten Schulen ausgedehnt wird, und sich nicht nur auf den eigenen Schultyp beschränkt. Die Verordnungsänderung und die ausführlichen Erklärungen sind im Amtlichen Schulblatt Nr. 11 vom 30. August 1985 zu finden.
– **Änderung der Anstellungsbedingungen von Haushaltungs- und Arbeitslehrerinnen, sowie von Primarlehrern, die ausschliesslich Werken unterrichten:** Sie sieht ein Mindestpensum für die definitive Wählbarkeit von vier Lektionen vor. In der Ausschreibung muss angegeben werden, für wie viele Lektionen eine Wahl erfolgt. Dies ist in Form einer Bandbreite möglich, wobei die untere Grenze dem garantierten Minimum bis zum Ablauf der Amtsdauer entsprechen muss. Genauere Angaben siehe ebenfalls «Amtliches Schulblatt» Nr. 11.

Kurzfassung (* nachfolgende Kommentierung)

Der Kantonalvorstand

– **nahm Kenntnis**
  - **vom Bericht des Zentralsekretärs über anstehende Schulgeschäfte in der Septembersession des Grossen Rates und über die eingereichten Vorstösse;**

- **von den Ergebnissen der Gespräche mit Vertretern der ED vom 12. August 1985 (Bericht im «Berner Schulblatt» Nr. 18 vom 6. September 1985) und der traditionellen Sessionsvorbesprechung mit den Lehrergrossräten;**
- ***von den Anträgen des Regierungsrates an den Grossen Rat betreffend «Aekenmatter-Initiative» und Diplommittelschulgesetz;**
- ***mit Genugtuung von den neuen Richtlinien für die Schülerzahlen (siehe «Amtliches Schulblatt» Nr. 10);**
- **vom Rücktritt von Silvia Tschantré, Arbeitslehrerin und KV-Mitglied, aus der Deutschsprachigen Kommission für Lehrerfortbildung auf Ende 1985. Gemäss Turnus wurde der Kindergärtnerinnenverein aufgefordert, eine Nachfolgerin vorzuschlagen;**
- **vom Vernehmlassungsergebnis «Projekt Lehrerberatungsstelle» und stellte die Weichen für die der ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung vom 27. November 1985 vorzulegenden Beschlüsse;**
- **vom aktuellen Stand der Wiederwahlen. Ein deutlicher Anstieg der Fälle gegenüber 1980 ist klar ersichtlich;**

- **diskutierte Probleme betreffend Semesterkurs (Ausweitung, Auswahlverfahren) und beschloss, das weitere Vorgehen mit den Vertretern des BLV in der Deutschsprachigen Kommission für Lehrerfortbildung zu besprechen;**
- **genehmigte das Protokoll seiner Sitzung vom 26. Juni 1985 und vier des Leitenden Ausschusses;**
- **schlägt vor, den im «Berner Schulblatt» Nr. 15/16 vom 6. August 1985 erschienene Bericht über die Abgeordnetenversammlung (AV) vom 5. Juni 1985 als Protokoll zu genehmigen;**
- **stellte eine vorläufige Traktandenliste für die ausserordentliche AV vom 27. November 1985 auf, bereinigte die Gästeliste und regelte die Vergütungen;**
- **stimmte einem Kreditbegehren des Redaktors des «Berner Schulblattes» für die Umrüstung seines Büros zu;**
- **wählte Rudolf Steiner anstelle von Hansueli Mösching als Vertreter des KV in die Logierhauskommission des BLV;**
- **gewährte einem stellenlosen Mitglied ein zinsfreies Darlehen und einen Unterstützungsbeitrag für die Umschulung auf einen anderen Beruf;**
- **lehnte einen Zusatzkredit für die «Berner Schulpraxis» ab, mit dem ein Anteil der Übernahmekosten eines Manuskriptes durch die «Schweizerische Lehrerzeitung» bestritten werden sollte. Dies einerseits aus der Haltung heraus, dass das Budget im ersten Amtsjahr des neuen Redaktors nicht überzogen werden sollte, und andererseits aus der Tatsache heraus, dass der BLV mit dem günstigen Fortdruckpreis seine Solidarität gegenüber der SLZ bereits genügend beweise;**
- **bewilligte den Verkauf der Adressen seiner Mitglieder an das Lehrerkollegium der Französischen Schule Bern im Hinblick auf die Volksabstimmung über den Neubau der Schule.**

Ergänzungen zu einzelnen Geschäften*

Schulpolitische Anträge des Regierungsrates an den Grossen Rat

- Der Regierungsrat beantragt, die **«Aekenmatter-Initiative»** ohne Gegenvorschlag mit Empfehlung auf Verwerfung der Volksabstimmung zu unterbreiten. Nach Meinung der Initianten soll die Erziehungsdirektion eine Primarschulklasse nur noch dann schliessen können, wenn sie 10 oder weniger Schüler aufweist. Bei einer Schliessung von Klassen mit einem Bestand von über 10 Schülern bedarf es des Einverständnisses der Gemeinde.

  Die Regierung begründet ihre ablehnende Haltung mit folgenden Hauptargumenten:

  - Durch die Initiative gelte die Kompetenzverschiebung nur für Primarschulklassen, jedoch nicht für die Sekundarschulklassen, die untergymnasialen Klassen und die Kindergärten, obwohl die Träger der Klassen die gleichen Instanzen sind;
  - die vorgesehene Lösung gefährde den Lastenausgleich;
  - durch die Änderung der Richtlinien für die Schülerzahlen sei ein Teilanliegen der Initianten erfüllt;
  - die Fixierung von Zahlen in Gesetzen enge den notwendigen Handlungsspielraum der Behörden und der Gesamtheit der Gemeinden zu stark ein.

  Der Kantonalvorstand beschloss, mit den BLV-Mitgliedern der vorbereitenden Grossratskommission Gespräche aufzunehmen, um die Verhandlungen im Grossen Rat vorzubereiten. Dann traktandierte er das Geschäft für die ausserordentliche Abgeordnetenversammlung vom 27. November 1985.

- 1977 legte eine Studienkommission der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK einen Bericht mit Leitideen über die **Diplommittelschulen** und sechs unterschiedliche Schulmodelle vor. Die Leitideen legen Ziele, Organisation sowie die rechtliche Stellung der DMS fest. Nach der Vernehmlassung wurden die Modelle auf eines mit zwei Varianten (Dauer zwei oder drei Jahre) reduziert.

  Bisher existieren im Kanton Bern nur zwei, gemeindeeigene Diplommittelschulen, die Ecole du degré diplôme in Moutier (dreijährig) und eine zweijährige in Bern, angegliedert am Seminar Marzili, deren Besuch für die Schüler der Trägergemeinden unentgeltlich ist. Daneben deckt eine Reihe privater Schulen, für deren Schüler die Eltern das volle Schulgeld zu entrichten haben, den wachsenden Bedarf ab. 1979 überwies der Grosse Rat mit grosser Mehrheit eine Motion von Zentralsekretär Baumberger, mit der die Regierung beauftragt wurde, eine Vorlage zu gesetzlichen Grundlagen für die DMS zu unterbreiten. Die Abgeordnetenversammlung BLV stellte sich im Rahmen der Vernehmlassung (1983) und der Beschlüsse GBG (1985) voll hinter die Motion.

  Der Antrag des Regierungsrates basiert auf seinen Vorschlägen zu GBG. Das Gesetz soll voraussichtlich in der Novembersession zum ersten Mal behandelt werden. Der Kantonalvorstand befürwortet die Einsitznahme des Zentralsekretärs in die vorbereitende Kommission des Grossen Rates.

Neue Richtlinien für die Schülerzahlen

Mit der Anpassung der Richtzahlen für die Schülerbestände pro Klasse wird neben pädagogischen Anliegen auch der Stellenmarktsituation Rechnung getragen. Obwohl die Verbesserungen betreffend Klassengrösse nicht ganz den Forderungen des BLV entsprechen, ist der Kantonalvorstand davon überzeugt, dass ein wichtiges Zwischenziel erreicht ist. Genugtuung bereitete die Eliminierung der bisherigen «Grauzone» (zwischen Normalbereich und dem unteren sowie dem oberen Überprüfungsbereich). Damit wurde der Mittelwert des Normalbereiches, der beim Bewilligen von Parallelklassen eine bedeutende Rolle spielt, wesentlich abgesenkt. Augenfällig ist die Verschlechterung im Geometrisch-Technischen Zeichnen, wo der obere Überprüfungsbereich von 15 auf 22 und mehr angehoben wurde.

Sekretariat BLV: *Werner Zaugg*

Communications du Secrétariat

Rencontre avec la Direction de l'instruction publique

Lundi 12 août 1985, 14 heures à 15 h. 45

Participants

De la DIP: M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique, ainsi que Mme Judith Renner et MM. Hans Ulrich Bratschi, Andreas Hirschi, Urs Kramer, Andreas Marti et Roland Müller.

De la SEB: Mme Trudi Müller ainsi que MM. Moritz Baumberger, Heinrich Riesen, Hansulrich Wyler, Werner Zaugg et Yves Monnin.

En saluant les participants, le directeur de l'Instruction publique, M. Henri-Louis Favre, déclare avoir suivi avec intérêt les délibérations de l'Assemblée des délégués de la SEB et remercie la SEB de sa collaboration constructive. Le président du Comité cantonal, Hansulrich Wyler, remercie à son tour la DIP de son engagement dans la révision des directives sur les effectifs dans les classes.

TA / TM

Abordant le premier thème des discussions, les représentants de la SEB présentent quatre sortes de problèmes à propos de la nouvelle branche TA/TM.

Heinrich Riesen, secrétaire au perfectionnement de la SEB, relève l'importance de la formation de la dextérité manuelle dans le cadre de la scolarité obligatoire. Il mentionne quelques points positifs dans la réforme actuelle de cette branche, ainsi que la présentent les nouveaux plans d'études. C'est précisément pour cela qu'il s'agit de prendre au sérieux les critiques avancées par les enseignants.

Dans la branche TA/TM, le nouveau plan d'études impose un grand nombre de matières différentes. Beaucoup d'enseignants «normaux» se sentent dépassés. Cette question ne devrait-elle pas être examinée avant la fin de la phase d'introduction de cinq ans?

Durant la scolarité obligatoire, la branche TA/TM ne doit pas devenir une discipline isolée. Elle devrait rester étroitement liée aux autres disciplines. Cela signifie qu'elle ne devrait pas être sortie du pensum du maître généraliste pour être confiée à un enseignant spécialisé. La DIP est-elle d'accord avec ces objectifs pour la 1re à la 4e années et pour l'enseignement non textile des TA/TM de 5e à 9e années scolaires?

La branche TA/TM doit être réglée dans une ordonnance particulière. La DIP est-elle disposée à consulter la SEB sur le projet de manière à ce que les enseignants en activité puissent se prononcer sur la nouvelle réglementation?

L'évolution de la branche TA/TM requiert une formation complémentaire pour les anciens enseignants. En plus des capacités à cette nouvelle forme d'art, il s'agit de promouvoir les connaissances, l'habileté manuelle ainsi que la compréhension pour une créativité technique fonctionnelle. On a parfois l'impression que le premier objectif passe actuellement avant les deux autres. La DIP est-elle prête à accorder l'importance voulue aux autres objectifs, en particulier l'habileté manuelle? Est-elle également disposée à prévoir environ 60% de la formation complémentaire obligatoire et indispensable sur le temps d'enseignement? Est-elle prête à reconnaître comme acquis l'ancien droit à l'enseignement (par exemple pour les enseignants primaires brevetés avant 1982) et l'expérience pédagogique?

Les nouvelles techniques et matières nécessitent un équipement nouveau des salles d'enseignement. Les enseignants et les autorités communales, de même que les inspecteurs, ne sont souvent pas à même de différencier ce qui est nécessaire de ce qui est simplement souhaitable. Ils devraient pouvoir faire appel à des conseillers compétents. La DIP est-elle prête à former de tels conseillers pour l'équipement des salles de TM?

Le directeur de l'Instruction publique déclare comprendre l'attitude de la SEB. La Conférence des inspecteurs a mis en place un groupe chargé d'évaluer les premières expériences faites avec les nouveaux plans d'études dans la branche TA/TM et d'élaborer des propositions pour la réglementation des conditions d'enseignement et l'organisation des cours.

Judith Renner prend position sur les problèmes soulevés. Le premier projet du groupe de travail chargé d'élaborer la nouvelle ordonnance part du principe que les enseignants doivent être capables d'enseigner les TA/TM. On distingue trois domaines différents: 1re à 4e années scolaires, 5e à 9e années scolaires / textile, 5e à 9e années scolaires / non textile. L'aptitude à enseigner cette branche peut être acquise lors de la formation initiale ou dans les cours ou en obtenant une reconnaissance sous certaines conditions. Une directive de la DIP doit préciser les formations reconnues et prévoir la possibilité d'en reconnaître d'autres.

Il n'est pas envisagé de pénaliser l'absence d'un certificat déterminé par une réduction de traitement à 90%, mais les autorités scolaires sont tenues de donner la préférence aux enseignants ayant les capacités requises. Les maîtres non formés doivent avoir l'obligation de suivre les cours nécessaires.

Les cours obligatoires seront organisés à raison de 50% sur le temps libre et de 50% sur le temps d'école. La DIP admet que l'évolution de la branche TA/TM nécessite une formation complémentaire pour la plupart

des enseignants. Elle est prête à mettre sur pied les cours nécessaires.

En ce qui concerne les équipements, la DIP examine la possibilité de mettre à disposition des «modèles d'installations» en collaboration avec la centrale de langue allemande du perfectionnement. Il sera alors possible aux autorités et aux enseignants de s'informer.

Le projet de la nouvelle ordonnance sera soumis en consultation à la SEB probablement vers la fin de l'année. Des délais suffisamment longs sont prévus pour les prises de position.

Hans Ulrich Bratschi ajoute que les cours prévus devraient précisément supprimer les appréhensions et l'insécurité du corps enseignant. Les matières imposées seront examinées dans le cadre de l'évaluation des nouveaux plans d'études. Actuellement une modification ne se justifierait certainement pas parce qu'on ne possède pas suffisamment d'expériences d'enseignants formés. La DIP est toutefois disposée à examiner soigneusement les requêtes écrites des enseignants après une expérimentation plus longue, lors de l'évaluation de la phase expérimentale des nouveaux plans d'études. Il ne faut pas oublier que toute modification conduit à une certaine insécurité des personnes concernées et il ne faut pas surestimer les problèmes dans la branche TA/TM.

Heinrich Riesen, secrétaire au perfectionnement de la SEB, remercie la DIP de sa compréhension. Les modèles d'installations prévus rendront certainement de précieux services. Il se déclare toutefois convaincu qu'une bonne équipe de conseillers formés pourrait aider les communes à économiser sur les dépenses d'équipements. Il termine en relevant encore une fois que l'enseignant en TA/TM doit maîtriser les techniques manuelles et que les cours ne doivent pas être conçus uniquement en fonction de la compréhension spécifique, artistique et didactique de la branche.

Trudi Müller, présidente de l'Association des maîtresses d'ouvrages, montre que pour les différents enseignants en TA/TM on exige les mêmes prestations, mais que malheureusement les traitements sont différents.

Hans Ulrich Bratschi admet le problème. L'ordonnance actuelle sur les traitements est basée sur des durées différentes de la formation initiale. Ce n'est que lorsqu'une réforme de la formation aura créé de nouvelles conditions qu'il sera possible de revoir la structure des traitements.

Trudi Müller présente également un autre aspect de la révision des plans d'études. La réduction du nombre de leçons hebdomadaires contraint les maîtresses d'ouvrages à prendre un plus grand nombre de classes et d'élèves pour avoir un horaire complet. Il en résulte une charge plus importante par les achats, la préparation des leçons, les déplacements d'une école à l'autre, les travaux administratifs, etc. Si une maîtresse d'ouvrages doit avoir jusqu'à 16 classes, il n'est plus possible de mettre en pratique les idées directrices générales du plan d'études, abstraction faite de la surcharge personnelle de l'enseignante. Comment la DIP prend-elle position sur ce problème?

Judith Renner exprime sa compréhension et se déclare prête à aider dans la mesure de ses possibilités. Le Conseil exécutif a récemment modifié les dispositions générales d'engagement dans le sens demandé par la SEB en vue d'aider les maîtresses d'ouvrages. D'autres améliorations seraient certainement possibles si les collèges des maîtres et les autorités scolaires se montraient plus compréhensifs lors de la répartition des branches et de l'établissement des horaires. D'autre part, les nouvelles directives sur les effectifs des classes permettent une plus grande souplesse dans l'organisation des classes de TA et de TM.

Urs Kramer estime que le droit plus large à l'enseignement revendiqué par les enseignants en TA/TM ne pourra se concrétiser, à long terme, que dans le cadre de la réforme de la formation. A court terme, la solidarité active des différentes catégories d'enseignants peut apporter une amélioration des conditions.

Hans Ulrich Bratschi rappelle aux maîtresses d'ouvrages les droits qui sont les leurs dans les nouvelles ordonnances sur les écoles primaires et sur les écoles moyennes. Il s'agit, par exemple, de la participation aux séances des commissions scolaires, aux conférences des maîtres, etc. où elles peuvent défendre leurs revendications. Il y a lieu d'attirer l'attention des collèges des maîtres à ce sujet.

Moritz Baumberger, secrétaire central de la SEB, demande s'il ne serait pas possible d'abaisser le nombre de leçons obligatoires des maîtresses d'ouvrages du fait des charges particulières qui leur incombent, comme la SEB l'a proposé en son temps pour les maîtres itinérants.

Urs Kramer pense que chaque catégorie d'enseignants pourrait alléguer des charges spéciales. Il ne voit pas, pour le moment, la possibilité d'abaisser le nombre de leçons obligatoires.

M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique, connaît bien la situation particulière des maîtresses d'ouvrages, lui qui a dirigé une école secondaire. Il estime que les maîtresses d'ouvrages doivent être reconnues comme des membres à part entière des collèges des maîtres.

Mesures pour combattre le chômage des enseignants

Le président du Comité cantonal, Hansulrich Wyler, demande quand et de quelle manière la DIP va aborder les mesures proposées par la SEB pour combattre le chômage des enseignants. Il prie la DIP d'excuser l'absence de J.-F. Wälchli, porte-parole du groupe de travail «Emploi des enseignants» de la SEJB, qui s'est penché de manière particulière sur le problème. Il relève quelques aspects des mesures proposées et estime que le problème central est celui de la réglementation des leçons supplémentaires. Il faudrait prendre en considération les leçons supplémentaires relevant de directions différentes avant de décréter une interdiction générale. Il s'agit d'éviter une échappatoire possible. La SEB a déjà reçu de nombreuses demandes à propos de l'octroi de la gratification d'ancienneté sous forme de vacances. Où en est le problème de l'augmentation des rentes complémentaires et transitoires décidée par l'Assemblée des délégués de la CACEB?

Le directeur de l'Instruction publique rappelle ses déclarations à l'Assemblée des délégués de la SEB. Il a chargé sa direction d'étudier les revendications de la SEB. Une réponse écrite sera donnée à la Société des enseignants en octobre.

Hans Ulrich Bratschi et *Andreas Hirschi* confirment les déclarations faites par le directeur de l'Instruction publique lors de l'Assemblée des délégués de la SEB, à savoir que plus de la moitié des mesures proposées sont déjà à l'étude. De nouvelles directives sur les effectifs des classes ont été approuvées par le Conseil exécutif.

L'augmentation des rentes complémentaires et des rentes transitoires est examinée actuellement par l'administration cantonale. Aujourd'hui déjà, les enseignants peuvent, avec l'approbation des autorités scolaires, prendre les gratifications d'ancienneté sous forme de congés payés. Il leur suffit de demander un congé non payé et d'utiliser la gratification d'ancienneté qu'ils ont reçue (un mois de traitement) pour payer leur remplaçant. Il faut toutefois veiller aux problèmes d'assurance. Pour la suppression des leçons supplémentaires, il faut éviter que les contrôles nécessaires conduisent à un gonflement de l'appareil administratif.

On peut attendre une prise de position écrite de la DIP pour la mi-octobre. Le Conseil exécutif répondra également à une pétition d'un groupe d'étudiants présentant des requêtes analogues à celles de la SEB.

Allégement pour raison d'âge

Yves Monnin revient sur le différend entre la DIP et la SEB à propos de la nouvelle réglementation de l'allégement pour raison d'âge. Il remercie la DIP de s'être engagée pour une réglementation prévoyant un allégement proportionnel au nombre de leçons. Il demande toutefois que l'allégement soit séparé de la réglementation sur les leçons supplémentaires. A ce propos, la SEB demande une réglementation identique pour toutes les classes d'âge.

Le directeur de l'Instruction publique rappelle que les enseignants sont les seuls parmi les fonctionnaires à connaître l'allégement pour raison d'âge sous cette forme. Il lui paraît paradoxal que d'une part les enseignants réclament le droit à l'allégement pour raison d'âge et qu'ils revendiquent, d'autre part, le droit de donner des leçons supplémentaires. L'ordonnance sur les leçons obligatoires fixe actuellement déjà que les enseignants n'ont aucun droit à des leçons supplémentaires, même s'ils ont moins de 50 ans.

Urs Kramer relève que les enseignants de plus de 50 ans pourront encore, selon le projet de la DIP, donner des leçons supplémentaires si c'est nécessaire pour des raisons d'organisation scolaire. La différence avec les enseignants de moins de 50 ans réside uniquement dans l'instance qui accorde l'autorisation: chez les enseignants plus jeunes, c'est la commission scolaire, alors que chez les aînés, c'est l'inspecteur. La réglementation proposée par la DIP est dans l'intérêt des enseignants. Elle dtoi être considérée comme une étape sur le chemin de la suppression des leçons supplémentaires, comme l'a demandée l'Assemblée des délégués de la SEB.

Hans Ulrich Bratschi ajoute que les directions cantonales ont déjà approuvé le projet de la DIP et qu'il serait impossible de soumettre au Gouvernement un autre texte dans les délais prévus. Un tel changement nécessiterait une nouvelle procédure de consultation.

Andreas Marti, après avoir examiné de manière approfondie la situation, déclare avoir peine à comprendre les critiques de la SEB. Le projet de révision présenté par la DIP répond à un vœu déjà très ancien des enseignants. Il permet d'accorder un allégement proportionnel au nombre d'heures d'enseignement. La suppression des leçons supplémentaires va dans le sens de la politique de la SEB. Il faudrait remercier la DIP plutôt que de lui adresser des signes de mauvaise humeur.

Moritz Baumberger admet que la nouvelle réglementation est un progrès considérable. Les critiques de la SEB reposent uniquement sur le fait que jusqu'à présent les maîtres de plus de 50 ans bénéficiaient d'une marge plus large que leurs jeunes collègues à propos des leçons supplémentaires, et qu'avec le nouveau projet ils se retrouveront dans une situation plus défavorable. La SEB souhaite que tous les enseignants soient traités de manière identique. Elle estime qu'on éviterait de la sorte des difficultés inutiles. Il est évident que la réalisation de la revendication principale de la SEB (un allégement proportionnel au nombre de leçons) est plus importante qu'une correction de détail. L'allégement des enseignants pour raison d'âge repose sur leurs conditions particulières d'engagement. Une comparaison avec les autres catégories de fonctionnaires ne se justifie pas.

Les représentants de la DIP se déclarent satisfaits de l'attitude de la SEB et expriment l'espoir que la nouvelle réglementation sera prochainement approuvée par le Gouvernement. *(Note de la rédaction: Elle l'a été depuis lors et entrera en vigueur au début de l'année scolaire 1986/87.)*

La prochaine rencontre entre la Direction de l'instruction publique et la Société des enseignants bernois aura lieu le lundi 25 novembre 1985 à 14 heures.

Le présent rapport a été soumis aux participants avant sa publication.

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

Erscheint vierzehntäglich

Nächste Ausgabe: 4. Oktober 1985
Redaktionsschluss: Dienstag, 24. September 1985, 12 Uhr

Redaktion: Christian Jaberg, Postfach 7, 3043 Uettligen, Telefon 031 82 28 36.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Inserate für die SLZ direkt an: Zeitschriftenverlag, 8712 Stäfa.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: Daniel Moser, Steigerweg 26, 3006 Bern, Telefon 031 44 41 46.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Parution bimensuelle

Prochaine parution: 4 octobre 1985
Délai rédactionnel: mardi 24 septembre 1985, 12 heures

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition: Eicher+Co, 1342–3001 Bern